

Wahlprüfsteine des LSVD zur Abgeordnetenhauswahl Berlin 2026

Queerpolitische Vorhaben der Landesparteien

Antworten der AfD Berlin

Diese Wahlprüfsteine richten sich an die zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2026 antretenden Parteien. Ziel ist es, die queerpolitischen Positionen der Parteien transparent, vergleichbar und überprüfbar darzustellen. Wir bitten um konkrete Angaben zu Maßnahmen, Zeitplänen und – sofern möglich – zu finanziellen Mitteln.

1. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, im nächsten Landeshaushalt eine namentlich ausgewiesene, mehrjährige Haushaltslinie für den Berliner LSBTIQ+-Aktionsplan bereitzustellen (bitte Betrag oder prozentualen Anteil nennen), eine beim Senat angesiedelte Queerbeauftragte dauerhaft für die kommende Legislaturperiode zu verankern sowie eine langfristige, mehrjährige Förderung von Beratungs-, Selbsthilfe- und Communitystrukturen für LSBTIQ in allen Berliner Bezirken sicherzustellen?

Nein.

2. Wie möchte Ihre Partei die Umsetzung des Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) und die Landesstrategie für queere Sicherheit und gegen Queerfeindlichkeit konkret stärken?

Wir sehen eine verstärkte Sicherheitsbedrohung für Schwule, Lesben und Transpersonen v.a. aus dem muslimisch-migrantischen Milieu und würden bei der Konzeptionierung einer Landesstrategie unseren Focus deshalb darauf richten. Um hier mehr Transparenz zu erlangen, schlagen wir vor, eine Dunkelfeldstudie in Auftrag zu geben über Homophobie und Queerfeindlichkeit in migrantischen Milieus. Daraus könnten dann konkrete Handlungsempfehlungen abgeleitet werden.

3. Wird sich Ihre Partei für verbindliche Schulungen in Landes- und Bezirkseinrichtungen zur Sensibilisierung für queere Lebensrealitäten einsetzen?

Nein.

4. Wird sich Ihre Partei für eine verbindliche Verankerung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in den Berliner Lehrplänen sowie für verpflichtende Aus- und Fortbildungen aller pädagogischen Fachkräfte (inklusive freier Schulen) einsetzen?

Nein.

5. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um die medizinische und psychotherapeutische Versorgung von trans*, inter* und nichtbinären Menschen in Berlin zu verbessern und bestehende Zugangshürden abzubauen (z. B. Koordinationsstellen, Weiterbildungen, Förderprogramme)?

Die psychische und psychotherapeutische Versorgung in Berlin ist an sich an der Grenze – für alle Berliner. Die Wartezeiten sind z.T. unzumutbar, insbesondere für Jugendliche und Kinder. Daher halten wir eine Priorisierung im Sinne der Frage für nicht gerechtfertigt.

6. Wie will Ihre Partei Regenbogenfamilien in Berlin in Verwaltungsverfahren praktisch entlasten, beispielsweise durch einheitliche und deutlich vereinfachte Vorgaben zu den Verfahren der Stiefkindadoptionen in queeren Familien oder eine verpflichtende Qualifizierung der Mitarbeitenden zu den Rechten von queeren Familien in relevanten Behörden wie Elterngeldstellen, Standes- und Jugendämtern?

Sexualität ist Privatsache. Eine Privilegierung von Regenbogenfamilien halten wir nicht für gerechtfertigt, auch im Hinblick auf andere besonders vulnerable und benachteiligte Gruppen.

7. Wie setzt sich Ihre Partei dafür ein, queere Infrastruktur wie Bars, Cafés, Clubs und weitere Begegnungsorte zu erhalten und strukturelle Unterstützung zuzusichern?

Gastronomische Einrichtungen in Berlin leiden unter gestiegenen Preisen und zu hohen Kosten (Strom, Energie, Mindestlohn etc.); die Folge sind Insolvenzen und Geschäftsaufgaben.

Die wirtschaftlichen Bedingungen für die Gastronomie müssen insgesamt deutlich verbessert werden, z.B. durch die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes für Getränke auf 7%. Eine staatliche Segmentierung in queere und nicht-queere Gastronomie oder Clubs halten wir für kontraproduktiv und nicht angebracht.

8. Welche Maßnahmen plant Ihre Partei zur Verbesserung der Lebenssituation und Sichtbarkeit queerer Senior*innen in Berlin, insbesondere in Pflege, Altenhilfe und Quartiersarbeit?

Wir haben insgesamt Pflegenotstand in Berlin. Die Notwendigkeit einer staatlichen Priorisierung für queere Personen in diesem Bereich sehen wir nicht.

9. Wie wird Ihre Partei die Sichtbarkeit und Repräsentation von LSBTIQ* in Berliner Medien-, Kultur- und Sportförderprogrammen stärken (z. B. durch gezielte Förderlinien oder Beteiligung in Gremien)?

Ausreichende Sichtbarkeit ist bereits gegeben und kann auch nicht staatlich verordnet werden.

10. Welche konkreten Schritte plant Ihre Partei, um LSBTIQ*-Geflüchteten in Berlin sicheren Wohnraum, spezialisierte Beratungsangebote und wirksamen Schutz vor Gewalt in Unterkünften zu gewährleisten?

Die illegale Masseneinwanderung nach Deutschland hat dazu geführt, dass gerade besonders schutzbedürftige Gruppen unter den Flüchtlingen wie Christen und Jesiden, aber auch Frauen und queere Personen Mobbing, Gewalt und zum Teil lebensbedrohlichen Situationen in den Unterkünften ausgesetzt sind. Diese Situation kann grundsätzlich nur durch eine restriktive Migrationspolitik entschärft werden, um den Fokus wieder auf die besonders vulnerablen Gruppen und tatsächlich schutzbedürftigen Personen richten zu können. Spezialisierte Beratung und separierter Wohnraum für queere Personen sind in dieser Situation richtig, tangieren jedoch nicht den Kern des Problems.